

MANFRED BACKERRA

25. Juni 2011

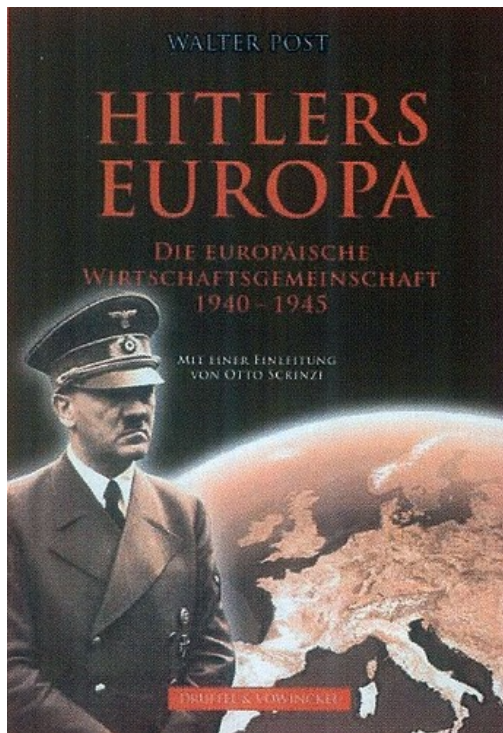
Rezension

Walter Post

Hitlers Europa – Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1940 - 1945

Druffel & Vowinckel-Verlag, Stegen am Ammersee 2011

496 Seiten, Leinen, viele Abbildungen



Wenn in Athen gegen die Sparpolitik mit einem Hakenkreuz in der Europafahne und der Parole „Nazi-Nazi-Merkel-Sarkozy“ demonstriert wird, man in Barcelona ein Plakat mit einem Bild Himmlers zeigt, dessen Mütze anstatt des Reichsadlers ein Euro-Zeichen trägt, und wenn „Der Spiegel“ schreibt, daß die Deutschen – trotz oder gerade wegen – ihrer Bemühungen zur Überwindung der Währungskrise mittlerweile als „Euro-Nazis“ am Pranger stünden, dann sind sich wahrscheinlich weder die Demonstranten noch die Redakteure bewußt, daß sie damit an die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ der Kriegsjahre erinnern.

Noch in den sechziger und siebziger Jahren wußten die Älteren, daß „Europa“ ein großes Thema der deutschen Propaganda im Zweiten Weltkrieg war, sodaß sie oft ironisierten, die ganze EWG sei

eigentlich eine Erfindung Hitlers.

Die Historiker haben das Thema „Europa und das Dritte Reich“ bisher weitestgehend ignoriert. Umso erfreulicher ist die dazu soeben erschienene Studie des promovierten Historikers Walter Post, dessen Bücher „Unternehmen Barbarossa“, „Die verleumdete Armee“, „Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges“ u.a. ihn als streng faktenorientierten und unkonventionellen Forscher ausweisen. Die Studie fördert höchst Erstaunliches zu Tage.

„Europa“ war während des Zweiten Weltkrieges nicht nur ein Thema deutscher Propaganda und von Erörterungen machtferner Wirtschaftswissenschaftler. Es war der damalige deutsche Staatschef selbst, der seit dem Herbst 1941 in großen Reden ausführlich das „Neue Europa“ propagierte und damit auch die Linie der Außen- und Wirtschaftspolitik bestimmte.

Am 15. Januar 1942 forderte Reichswirtschaftsminister Walther Funk in einer öffentlichen Rede die Bildung einer „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“. Noch im selben Jahr gab Funk unter eben diesem Titel einen Sammelband mit Beiträgen führender deutscher

Wirtschaftsfachleute heraus. Sie erörterten darin europaweite Agrarsubventionen, regionale Wirtschaftsförderung, Gastarbeiteraustausch, ein europäisches Verkehrssystem, eine Zollunion und schließlich sogar die Frage einer Währungsunion. Danach wurden bis Kriegsende diese Fragen in Fachzeitschriften intensiv diskutiert – auch, ob die Türkei zur EWG passe.

Es blieb nicht bei der Theorie, vielmehr gewann die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ als Handelsaustausch mit den europäischen Staaten, insbesondere mit Westeuropa, für die deutschen Kriegsanstrengungen ab 1942 eine erhebliche Bedeutung: Allein Frankreich, damals neben Deutschland das wichtigste Industrieland des Kontinents, produzierte zwischen 1940 und 1944 in deutschem Auftrag mehr als 117.000 Lkw, mehrere hundert Lokomotiven, Tausende von Güterwagons, dazu Rohstoffe, Halbfertigprodukte, Zulieferteile und Konsumgüter aller Art. Zwar zahlte Frankreich erhebliche Besatzungskosten, aber dieses Geld wurde vom Reich sofort mit vollen Händen wieder in Frankreich ausgegeben, sodaß dort bis 1944 Vollbeschäftigung herrschte. Das Thema „Europäische Einigung“ einer Vortragsreise des Völkerrechtlers Prof. Friedrich Grimm zog noch im Herbst 1943 in Marseille 11 000, in Nimes 5000 Zuhörer an, die sich hier zum Schluß zur Marseillaise und zum Deutschlandlied erhoben.

Der deutsch-französische Handelsaustausch funktionierte trotz der drückenden Kriegsbedingungen so gut, daß Frankreichs Industrielle in den fünfziger Jahren zu den entschiedensten Befürwortern einer Wirtschaftsgemeinschaft gehörten. Sie hatten sich bereits 1949 im Wilhelmsstraßen-Prozeß massiv für den vom Reichswirtschaftsministerium entsandten Reorganisator, der französischen Zellwollproduktion gegen dessen Anklage der „Plünderung in Frankreich“ eingesetzt.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit gab es nicht nur mit West- sondern auch mit Osteuropa. Die deutsche Wirtschaftshilfe für den Wiederaufbau der besetzten sowjetischen Gebiete betrug zwischen 1941 und 1943 drei Milliarden Reichsmark (umgerechnet 24 Milliarden Euro), einschließlich Material- Lieferungen für die Landwirtschaft, was dem heute gängigen Bild der deutschen Besatzungspolitik im Osten erheblich widerspricht.

Im März 1943, nach Stalingrad, legte Reichsaußenminister v. Ribbentrop Hitler einen Plan zur Gründung eines europäischen Staatenbundes vor, in dem Deutschland nur die Rolle eines primus inter pares einnehmen sollte. Dieser Plan wurde aber nicht weiterverfolgt, weil zu diesem Zeitpunkt bereits einige Verbündete – Finnland, Rumänien, Bulgarien, Ungarn – einen Separatfrieden mit den West-Alliierten suchten, was Berlin nicht verborgen blieb.

In den noch vagen Vorstellungen „Neues Europa“ und „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ hatte Deutschland die Rolle des „primus inter pares“, welche es auch im Krieg tatsächlich einnahm: Nach dem Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland von 1952 trug das Deutsche Reich 88% der Gesamtkriegskosten selbst, die besetzten Gebiete nur 12%. Die gleichzeitige Idee eines „Großgermanischen Reiches“ stand, besonders nach den Diskussionen innerhalb der SS, nicht im Gegensatz zum „Neuen Europa“: Denn die

Vorstellungen gingen in Richtung eines geeinten Europa, untergliedert in verschiedene regionale Kreise – was dem heute diskutierten „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ entsprach.

Auch Benito Mussolini forderte im November 1943 in einem „Manifest von Verona“ eine europäische Gemeinschaft in Form einer Konföderation. Noch in einem seiner letzten Interviews im März 1945 sprach Mussolini von der „Rettung Europas“, die er in einer „sozialistischen Union“ erblickte.

Nach 1945 waren es neben Christdemokraten wie Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi vor allem die Amerikaner, welche wegen des Kalten Krieges die westeuropäische Integration vorantrieben, wobei die Regierung Eisenhower sich nicht scheute, ein Konzept Hitlers und Mussolinis aufzugreifen.

Hält diese – bisher beschwiegene – Vorgeschichte der heutigen EU nun irgendeine Lehre für die heutige Politik bereit? Offenbar waren die Europapolitiker damals klüger als heute: Im Buch „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ von 1942 wird eindringlich vor einer Währungsunion gewarnt, weil diese angesichts der Unterschiede in der Leistungsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften nicht praktikabel sei! Empfohlen wurde daher ein System fester Wechselkurse mit der Reichsmark als europäischer Leitwährung – also das System, das in der EU vor der Einführung des Euro existierte.

Der Haupttitel des Buches „Hitlers Europa“ mit dem Diktator auf dem Schutzumschlag soll wohl den Absatz fördern, denn „Hitler sells“, was auch „Spiegel“ und „Stern“ immer wieder ausnutzen. Doch der wirkliche Inhalt des Buches hat mit Hitler wenig zu tun.

Das Buch ist mit Fakten zur Politik und Wirtschaft ab 1918 gesättigt; leserfreundlich sind die Fußnoten am Seitenende. Sehr leserfreundlich ist vor allem die flüssige Schreibe des Autors. Sein Werk eröffnet die altbekannte, aber für viele geschichtsignorante Zeitgenossen sehr ungewohnte Perspektive, daß die Geschichte keine Stunde null kennt.